

# elektronischer Bundesanzeiger



Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Elektronischen Bundesanzeiger.

## Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet  
Internet-Adresse: [www.ebundesanzeiger.de](http://www.ebundesanzeiger.de)  
Veröffentlichungsdatum: 08. Februar 2012  
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte  
Art der Bekanntmachung: Jahresabschluss/Jahresfinanzbericht  
Veröffentlichungspflichtiger: Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main  
Fondsname:  
ISIN:  
Auftragsnummer: 111212063604  
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlagsges. mbH, Amsterdamer Straße 192,  
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.



**Gontard & MetallBank**  
AKTIENGESELLSCHAFT IN INSOLVENZ

**Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft**

**Frankfurt am Main**

**Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 17.05.2008 bis zum 16.05.2009**

Lagebericht für das Geschäftsjahr  
vom 17. Mai 2008 bis 16. Mai 2009

**Vorbemerkung**

Am 14. Mai 2002 wurde durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG die Überschuldungsanzeige beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingereicht. Das Amtsgericht Frankfurt am Main eröffnete am 17. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung. Rechtsanwalt Dr. Klaus Pannen, Frankfurt am Main, wurde zum Insolvenzverwalter bestellt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 16. Mai 2009 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2008/2009 hat sich infolge rechtlicher Auseinandersetzungen über die Bestellung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Rumpfgeschäftsjahr vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens vom 1. Oktober 2001 bis 16. Mai 2002 verzögert. Dadurch verzögerten sich auch die nachfolgenden Abschlüsse der nachfolgenden Geschäftsjahre. Der Abschluss des Geschäftsjahres vom 17. Mai 2008 bis 16. Mai 2009 erfolgte am 30. März 2011.

Für die Aufstellung des Abschlusses für das Geschäftsjahr 2008/2009 wurden wertaufhellende Ereignisse bis zum Stichtag 30. März 2011 berücksichtigt.

**Geschäftsverlauf**

Die Verwertung der vorhandenen Vermögensmassen ist im Geschäftsjahr 2008/2009 weiter fortgeschritten.

Aus aufsichtsrechtlichen Gründen wurde seit Eröffnung des Insolvenzverfahrens kein Neugeschäft mehr generiert.

Die Gläubigerversammlung hat beschlossen, den Bankbetrieb nur im Rahmen der Abwicklung aufrechtzuerhalten.

Die Bewertung der im Jahresabschluss erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank insoweit unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Der Gläubigerausschuss ist im vollen Umfang in das Verfahren eingebunden und wird fortlaufend unterrichtet.

Der Insolvenzverwalter berichtet gegenüber dem aufsichtsführenden Amtsgericht Frankfurt am Main, Insolvenzgericht, in halbjährlichem Turnus. Bisher sind zum 12. August 2002, zum 12. Februar 2003, zum 12. August 2003, zum 12. Februar 2004, zum 12. August 2004, zum 12. Februar 2005, zum 12. August 2005, zum 12. Februar 2006, zum 12. August 2006, zum 12. Februar 2007, zum 6. August 2007, zum 12. Februar 2008, zum 12. August 2008, zum 12. Februar 2009, zum 11. August 2009, zum 12. Februar 2010, zum 12. August 2010 und zum 12. Februar 2011 entsprechende schriftliche Berichte erteilt worden.

### **Geschäftstätigkeiten**

Alle Dienstleistungsverträge, die nicht unmittelbar der Aufrechterhaltung des Bankbetriebes dienen, wurden nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens gekündigt. Dazu gehörten auch die mit diversen Anbietern abgeschlossenen IT-Verträge, die zur Abwicklung einzelner Geschäftstätigkeiten notwendig waren. Zur Erfassung der Buchhaltungsdaten wurde zum 1. Juli 2003 ein Finanzbuchhaltungsprogramm der Fa. HS-Hamburger Software GmbH & Co. KG angeschafft.

Hierüber wird auch die Skontrierung der noch vorhandenen Kundenkontenumsätze gebucht.

Die Abwicklung von Wertpapierdepots einzelner Kunden, deren Bestände überwiegend zur Sicherheit noch nicht zurückgezahlter Kredite dienen, wird durch eine selbstentwickelte Access-Datenbank unterstützt.

### **Mitarbeiter**

Zu Beginn des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 waren 211 Mitarbeiter bei der Bank beschäftigt. Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens wurde ein Abwicklungsteam aus 71 Mitarbeitern rekrutiert, um eine ordnungsgemäße Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Die Zahl der Mitarbeiter wurde seitdem kontinuierlich reduziert.

Im Geschäftsjahr 2008/2009 waren durchschnittlich 4 Mitarbeiter beschäftigt, zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 betrug die Zahl der Beschäftigten 3.

Ein Sozialplan wurde im August/September 2002 zwischen dem Betriebsrat der Bank und dem Insolvenzverwalter geschlossen. Der Sozialplan sieht vor, dass insgesamt das zweieinhalbfache des Monatsverdienstes (§ 10 KSchG) eines Mitarbeiters, der unter den Geltungsbereich des Sozialplans fällt, ausbezahlt wird. Eine entsprechende Rückstellung wurde gebildet. Der Sozialplan wurde in enger Kooperation mit dem Betriebsrat erarbeitet. Die gebildeten Rückstellungen wurden inzwischen für die Erfüllung der Leistungen des Sozialplan verbraucht.

### **Insolvenzforderungen**

Im Geschäftsjahr 2008/2009 wurde eine Abschlagszahlung in Höhe von 57 % an Gläubiger, deren Forderungen nach weiteren Prüfungen festgestellt waren, ausgezahlt. Die Abschlagszahlung hatte ein Volumen von € 5,8 Mio.

Die Insolvenzquote beläuft sich bisher auf rd. 57 %.

### **Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs**

In Absprache mit der Deutschen Bundesbank sind die Konten der Bank nach Insolvenzeröffnung unter der bisherigen BLZ weitergeführt worden. Am 5. Juni 2008 wurde ein Antrag auf Löschung der Bankleitzahl gestellt. Am 8. September 2008 wurde daraufhin die Löschung der Bankleitzahl durch die Deutsche Bundesbank vorgenommen.

Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind mit der Deutschen Bank PGK AG Vereinbarungen über den Lastschrifteneinzug und die Guthabenverzinsung getroffen worden. In Absprache mit dem Gläubigerausschuss ist ein den spezifischen Anforderungen der Abwicklung genügendes Bankkontensystem entwickelt worden.

### **Wertpapierdepots**

Bei den wenigen im Geschäftsjahr 2008/2009 vorhandenen Wertpapierdepots handelt es sich um Kundendepots. Einzelne Kundendepots dienen als Sicherheit für noch nicht zurückgezahlte Kredite. Für einzelne Kundendepots wurden bisher keine Depotübertragungsanträge gestellt. Die Anzahl der Wertpapierdepots konnte durch die Übertragung an andere Banken im Geschäftsjahr weiter reduziert werden.

### **Verwertung der Kreditforderungen**

Schwerpunkt der Abwicklung im Geschäftsjahr 2008/2009 war weiterhin die Verwertung von Kreditforderungen (Firmenkredite, Baufinanzierungen, Kontokorrentkredite u.a.). Hierzu wurden unter Leitung des Insolvenzverwalters spezielle Teams aus Rechtsanwälten und Bankmitarbeitern gebildet, die in regelmäßigen Besprechungen die einzelnen Verwertungsmaßnahmen beschließen.

Neben den erforderlichen Einzelwertberichtigungen für akute Adressenausfallrisiken wurde für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft eine angemessene Pauschalwertberichtigung wegen latenter Risiken gebildet.

### **Verwertung des Wertpapiereigenbestands**

Die Verwertung des Wertpapiereigenbestandes der Schuldnerin verläuft weiter plangemäß.

### **Veräußerung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen**

Nach dem Abschluss der Liquidation der GMB Research sind die Veräußerungen der Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen abgeschlossen.

## **Unterstützung der Einlegerentschädigung**

Der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken ist weiterhin im Rahmen der Einlegerentschädigung tätig.

## **Abwicklung der Inhaberschuldverschreibungen**

Die Forderungen aus Inhaberschuldverschreibungen der Bank sind nach dem Statut des Einlagensicherungsfonds nicht einlagengesichert. Für diese Gläubiger wurde auf der Grundlage des Gesetzes betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen eine Versammlung der Inhaberschuldverschreibungsgläubiger durchgeführt, auf der am 29. Juli 2002 Herr Rechtsanwalt Klaus Nieding zum gemeinsamen Vertreter gewählt wurde. Die Inhaberschuldverschreibungsgläubiger nehmen als Insolvenzgläubiger über ihren gemeinsamen Vertreter am Verfahren teil.

## **Prozesse**

Die zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens anhängigen Aktivprozesse sind weitgehend fortgeführt worden. Nach Insolvenzeröffnung hat der Insolvenzverwalter zudem zahlreiche neue Aktivprozesse eingeleitet. Dabei geht es überwiegend um Leistungsklagen auf Rückzahlung von Forderungen aus Darlehensverträgen.

Zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung anhängige Passivprozesse wurden gemäß § 240 ZPO unterbrochen. Forderungen gegen die Gontard & MetallBank AG i.L., die sich aus dem Zeitraum vor Insolvenzeröffnung ergeben, wurden als Insolvenzforderungen (§ 38 InsO) zur Insolvenztabelle angemeldet. Soweit der Insolvenzverwalter einzelne Forderungen nach Prüfung im Einzelfall bestritten hat, haben einige der Gläubiger Klagen auf Feststellung ihrer Forderungen zur Insolvenztabelle erhoben.

Besonders erwähnenswert unter diesen Passivprozessen sind Prospekthaftungsklagen, die sich auf einen von der Gontard & MetallBank AG im Jahre 2001 erstellten Prospekt für eine Wandelschuldverschreibung beziehen. Von Klägerseite wird die Unrichtigkeit/Unvollständigkeit des Prospekts geltend gemacht. Insofern sind zahlreiche Forderungen zur Insolvenztabelle angemeldet worden. Nach Prüfung der Forderungen hat der Insolvenzverwalter diese Forderungen aus angeblicher Prospekthaftung in vollem Umfang bestritten. Daraufhin sind Insolvenzforderungen im Umfang von insgesamt knapp € 25 Mio im Rahmen von Feststellungsklagen geltend gemacht worden. In diesem Zusammenhang sind auch Klagen gegen ein die Emission mitbegleitendes anderes Kreditinstitut sowie den zwischenzeitlich insolventen Emittenten erhoben worden. Die von ca. 250 Klägern angestrebte Sammelklage wurde inzwischen vom Gericht abgewiesen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Weitere Passivprozesse betreffen insbesondere Einzelfälle angeblich fehlerhafter Anlageberatung durch Mitarbeiter der Gontard & MetallBank AG vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Auch hier sind die Erfolgsaussichten als sehr niedrig einzustufen, da der Kundenstamm der Gontard & MetallBank AG überwiegend aus sachkundigen und spekulativ einzuordnenden Anlegern bestand.

Die Zahl der Aktivprozesse hat sich weiter verringert. Gegen die ehemaligen Organträger der Gontard & MetallBank AG wurden Klagen erhoben. Die Verfahren durch verschiedene Instanzen sind inzwischen abgeschlossen. Es wurden keine Urteile gegen die Organträger erwirkt.

Im März 2008 wurde gegen einen Bescheid des Finanzamtes Frankfurt wegen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag beim Hessischen Finanzgericht eine Klage erhoben. Das Verfahren ist noch nicht eröffnet worden. Die Erfolgsaussichten werden als positiv erachtet.

Wir sind der Ansicht, dass für die Risiken aus den bestrittenen Forderungen, die zur Insolvenztabelle angemeldet wurden, auf Basis der bestmöglichen Schätzung ausreichend Risikovorsorge getroffen wurde. Aufgrund der inhärenten hohen Unsicherheit der abgegebenen Schätzungen können sich jedoch noch Auswirkungen auf die folgenden Geschäftsjahre ergeben.

### **Zinsen auf Insolvenzforderungen**

Die Forderungen der Insolvenzgläubiger werden, sofern sie als Insolvenzforderung anerkannt sind, ab Insolvenzeröffnung gemäß § 39 Abs. 2. Nr. 1 InsO verzinst. Die Zinsen sind im Sinne des § 39 InsO nachrangige Forderungen. Nach Lage des vorhandenen Vermögens kann mit einer Bedienung der nachrangigen Forderungen nicht gerechnet werden.

Bei den Insolvenzforderungen des Einlagensicherungsfonds sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH wurden bis zum 31. August 2002 (Datum der Entschädigung der Einleger) die ursprünglichen vertraglichen Zinssätze der Einlagen bei der Zinsermittlung angesetzt.

Ab dem 1. September 2002 werden die Zinsen mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB errechnet.

Die zu entschädigenden Forderungen aus begebenen Inhaberschuldverschreibungen werden mit dem vertraglichen Zinssatz bis Laufzeitende der den Forderungen zugrundeliegenden Serie der Inhaberschuldverschreibung und danach mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB verzinst.

Alle weiteren Insolvenzforderungen werden mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB verzinst.

### **Ertragslage**

Die Bank weist im Geschäftsjahr vom 17. Mai 2008 bis 16. Mai 2009 ein negatives Zinsergebnis von € 21,0 Mio aus. Dabei stehen Zinserträgen von € 6,4 Mio Zinsaufwendungen von € 27,4 Mio gegenüber, die fast ausschließlich nachrangige Zinsen i.S.d. § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO betreffen. Der Personalaufwand hat sich geringfügig verringert. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind um 12,6 Mio € auf 14,0 Mio € gestiegen. Das Betriebsergebnis vor Bewertungsänderungen ist mit € 35,4 Mio negativ.

Das Bewertungsergebnis von € 1,0 Mio entfällt ausschließlich auf das Kreditgeschäft; dabei stehen Zuführungen zu Wertberichtigungen von € 1,1 Mio Auflösung von Einzelwertberichtigungen, Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen und Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von € 0,1 Mio gegenüber. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses verbleibt ein Jahresfehlbetrag von € 36,4 Mio.

### **Vermögenslage**

Die Bilanzsumme der Bank hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um € 21,5 Mio auf € 573,3 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 erhöht. Die Kundenforderungen reduzierten sich insbesondere durch Rückzahlungen um € 0,7 Mio auf € 1,0 Mio. Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich von € 172,0 Mio auf € 157,8 Mio verringert. Unter den sonstigen Vermögensgegenständen (€ 0,1 Mio) werden hauptsächlich Forderungen aus der Rückerstattung von Kapitalertragsteuern sowie Forderungen an eine Rechtsanwaltskanzlei ausgewiesen. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen für Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind in angemessener Höhe gebildet; sie sind von den Kundenforderungen abgesetzt.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Stichtagsvergleich um € 0,9 Mio auf € 16,3 Mio. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (€ 519,0 Mio) bestehen fast ausschließlich gegenüber den Einlagensicherungseinrichtungen. Die verbrieften Verbindlichkeiten haben sich im Geschäftsjahr aufgrund der Passivierung von nachrangigen Zinsen um 0,4 Mio € auf 6,8 Mio € erhöht. Die Erhöhung aller Verbindlichkeiten ist auf die Kapitalisierung der nachrangigen Zinsen im Sinne des § 39 Abs. 1 InsO zurückzuführen. Die

sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 3,7 Mio € auf 26,0 Mio € verringert. Die Rückstellungen (€ 5,2 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009) entfallen fast ausschließlich auf andere Rückstellungen. Die anderen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Rückstellungen wegen bestrittener Insolvenzforderungen sowie für Prozesskosten.

### **Eigenkapital, Bilanzverlust und nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**

Durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2008/2009 von € 36,4 Mio hat sich der Bilanzverlust auf € 536,9 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 erhöht. Der Bilanzverlust von € 536,9 Mio übersteigt das vorhandene Eigenkapital (Grundkapital, Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) von € 122,8 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 um € 414,1 Mio. Dieser Betrag wird auf der Aktivseite im Posten "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" ausgewiesen.

### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Aufstellung des Jahresabschlusses zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 sind nicht eingetreten.

### **Risikobericht und Ausblick**

Die Risiken für die künftige Abwicklung der Gesellschaft liegen hauptsächlich in der Verwertung der noch zu liquidierenden Vermögenswerte, insbesondere der Kundenforderungen, und im Ausgang der anhängigen Prozesse. Die Verwertungsdauer bezüglich der Vermögenswerte und die Dauer der Prozesse sind derzeit nicht genauer bestimmbar. Gleiches gilt auch für die Höhe der aus der Verwertung resultierenden Zahlungen und für eine mögliche Inanspruchnahme aus den Prozessen.

Im Hinblick auf das Ziel der Abwicklung der Gesellschaft und die damit einhergehenden stark rückläufigen Geschäftsaktivitäten wurde von der Einrichtung eines Risikomanagementsystems i.S.v. § 25a Abs. 1 KWG, wie es für werbende Kreditinstitute notwendig ist, abgesehen. Die im Rahmen der Abwicklung anfallenden Geschäftsprozesse werden allerdings in angemessenem Umfang gesteuert, überwacht und kontrolliert.

Für die weiteren Geschäftsjahre im Insolvenzzeitraum ist ebenfalls mit Jahresfehlbeträgen zu rechnen, insbesondere auch wegen der Passivierung künftig entstehender nachrangiger Zinsen für die Insolvenzforderungen i.S.v. § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO. Infolgedessen werden sich auch der Bilanzverlust und der auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisende nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag erhöhen.

Bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses ist die avisierte Quote für die Insolvenzgläubiger von über 50 % erreicht worden. Die bisherigen Abschlagszahlungen belaufen sich auf insgesamt 57 %.

Eine exakte Bezifferung der endgültigen Quote kann aufgrund der geschilderten Unwägbarkeiten derzeit nicht vorgenommen werden.

Auch die Verfahrensdauer ist bei einem Insolvenzverfahren dieser Größenordnung nach jetzigem Stand noch nicht genau voraussehbar.

Derzeit ist noch von einem Zeitraum von mindestens 2 Jahren auszugehen.

Frankfurt am Main, 30. März 2011

**Gontard & MetallBank AG i.I.**

*Dr. Klaus Pannen, Insolvenzverwalter*

**Jahresbilanz zum 16. Mai 2009**

**der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main**

**Aktivseite**

	€	16.05.2009 €	16.05.2008 T€
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		1.707,71	10
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	972.752,33		5.166
b) andere Forderungen	156.872.244,67		166.806
		157.844.997,00	171.972
3. Forderungen an Kunden		1.038.328,53	1.711
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 0,00 (Vj. 0)			
Kommunalkredite 0,00 (Vj. 0)			
4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		0,00	0
5. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00	0
darunter: an Kreditinstituten 0,00 (Vj. 0)			
an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 (Vj. 0)			



			16.05.2009	16.05.2008
	€		€	T€
6. Sachanlagen			1.619,00	6
7. Sonstige Vermögensgegenstände			107.552,84	421
8. Rechnungsabgrenzungsposten			245.508,33	24
9. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			414.102.720,32	377.727
Summe der Aktiva			573.342.433,73	551.871
<b>Passivseite</b>				
	€	€	16.05.2009	16.05.2008
			€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		11.979.643,46		11.102
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4.346.335,47		4.346
			16.325.978,93	15.448
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	304.340,21			
Ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	11.335,04	315.675,25		324
b) anderen Verbindlichkeiten				
Ba) täglich fällig	518.537.077,09			
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	132.129,91	518.669.207,00		494.594
			518.984.882,25	494.918
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			6.790.581,23	6.447
4. Sonstige Verbindlichkeiten			26.029.510,50	29.756
5. Rechnungsabgrenzungsposten			2.872,04	5

		16.05.2009	16.05.2008
	€	€	T€
6. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.411,00		102
b) andere Rückstellungen	5.206.197,78		5.195
		5.208.608,78	5.297
7. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	49.300.000,00		49.300
b) Kapitalrücklage	67.457.305,66		67.457
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	38.449,15		
cb) andere Gewinnrücklagen	6.037.197,86	6.075.647,01	6.076
d) Bilanzverlust	- 122.832.952,67		- 122.833
		0,00	0
Summe der Passiva		573.342.433,73	551.871
		16.05.2009	16.05.2008
		€	T€
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		10.843,19	11

Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Zeit  
vom 17. Mai 2008 bis 16. Mai 2009

**der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main**

**AUFWENDUNGEN**

	€	€	17.05.2008 - 16.05.2009 €	17.05.2007 - 16.05.2008 T €
1. Zinsaufwendungen			27.447.519,92	30.266
2. Provisionsaufwendungen			5.506,17	6
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		353.341,98		360
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen				
für Altersversorgung und für Unterstützung		43.442,34	396.784,32	60
darunter: für Altersversorgung	3.424,53 (Vj. T€ 12)			
b) andere Verwaltungsaufwendungen			14.022.768,90	1.378
				1.798
4. Abschreibungen auf Sachanlagen			4.746,38	22
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.259,84	6.055
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			987.408,50	10.314
7. Sonstige Steuern, soweit nicht unter 'Sonstige betriebliche Aufwendungen' ausgewiesen			663,40	5
Summe der Aufwendungen			42.866.657,43	48.466

	€	€	17.05.2008 - 16.05.2009 €	17.05.2007 - 16.05.2008 €	T €
<b>ERTRÄGE</b>					
			17.05.2008 - 16.05.2009 €	17.05.2007 - 16.05.2008 €	T €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		6.406.720,48			8.888
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		0,00	6.406.720,48		
					8.888
2. Provisionserträge			10.996,13		8
3. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			15.232,95		0
4. Sonstige betriebliche Erträge			57.688,91		4.256
5. Jahresfehlbetrag			36.376.018,96		35.314
Summe der Erträge			42.866.657,43		48.466
1. Jahresfehlbetrag			36.376.018,96		35.314
2. Verlustvortrag aus den Vorjahren			500.559.654,03		465.245
3. Bilanzverlust			536.935.672,99		500.559

## ANHANG zum Jahresabschluss 16. Mai 2009

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Grundlagen für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EURO

Am 17. Mai 2002 wurde nach Überschuldungsanzeige durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG vom 14. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 durch das Amtsgericht Frankfurt am Main über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung eröffnet. Die Gläubigerver-

sammlung hat die Betriebsfortführung mit dem Ziel der Abwicklung der Bank beschlossen. Die Betriebsfortführung dient hierbei der Sicherung der Vermögenswerte. Aus aufsichtsrechtlichen Gründen wurde seit Eröffnung des Insolvenzverfahrens kein Neugeschäft mehr generiert.

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 hat ein neues Geschäftsjahr begonnen. Das erste Geschäftsjahr nach Insolvenzeröffnung umfasst den Zeitraum vom 17. Mai 2002 bis zum 16. Mai 2003. Die folgenden Geschäftsjahre umfassen gleichfalls jeweils 12 Monate.

Im Hinblick auf die Abwicklung der Gesellschaft wurden sämtliche Vermögensgegenstände, einschließlich der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Veräußerung innerhalb eines absehbaren Zeitraums beabsichtigt war oder die nicht mehr dem Geschäftsbetrieb dienen (§ 270 Abs. 2 Satz 3 AktG), wie Umlaufvermögen bewertet und mit ihren voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Veräußerungswerten angesetzt. Die Bewertung der im Jahresabschluss erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 16. Mai 2009 wurden wertaufhellende Ereignisse bis zum 30. März 2011 (Wertaufhellungszeitraum) berücksichtigt.

Die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres vom 17. Mai 2008 bis 16. Mai 2009 stimmen mit denen der Schlussbilanz zum 16. Mai 2008 überein.

Die Barreserve ist mit dem Nennbetrag bilanziert.

Die Forderungen aus dem Bankgeschäft sind grundsätzlich mit dem Nennbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 aktiviert. Soweit die Forderungen mit akuten Ausfallrisiken behaftet sind oder soweit bei ihrer Verwertung mit Verlusten zu rechnen ist, sind sie mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die für die akuten Ausfallrisiken oder für die Verwertungsverluste gebildeten Einzelwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt. Die latenten Risiken wurden durch die Bildung der Pauschalwertberichtigung berücksichtigt. Wertaufholungen gemäß § 280 Abs. 1 Satz 2 HGB waren zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 nicht vorzunehmen.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sind zum überwiegenden Teil veräußert. Die zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 noch vorhandenen Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. mit dem bei ihrer Veräußerung im Wertaufhellungszeitraum erzielten Wert angesetzt.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte zum Abschlussstichtag 16. Mai 2009 mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. mit dem bei ihrer Veräußerung im Wertaufhellungszeitraum erzielten Werten.

Die zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 noch nicht veräußerten und im Insolvenzzeitraum nicht mehr genutzten Gegenstände des Sachanlagevermögens sind unter Beachtung von § 270 Abs. 2 Satz 3 AktG mit den von einem öffentlichen bestellten und vereidigten Versteigerer ermittelten Liquidationswerten bilanziert. Die im Insolvenzzeitraum weiter genutzten Vermögensgegenstände sind mit den um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert.

Die Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber Kreditinstituten und Kunden wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag einschließlich anteiliger Zinsen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag am 17. Mai 2002 und zuzüglich nachrangiger Zinsen gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO passiviert.

Die begebenen Schuldverschreibungen sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag einschließlich anteiliger Zinsen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag am 17. Mai 2002 und zuzüglich nachrangiger Zinsen gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 erfolgte mittels versicherungsmathematischer Gutachten nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung eines Zinsfußes von 6 % p. a. und der Sterbetafeln von Dr. Klaus Heubeck.

Die für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildeten Rückstellungen sind in Höhe der Beträge angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind; sie decken die zu erwartenden Verpflichtungen.

Die Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden mit dem Devisenreferenzkurs am 16. Mai 2002 umgerechnet. Die Anerkennung als Insolvenzforderung erfolgte nach der Insolvenzordnung zum Devisenreferenzkurs am 16. Mai 2002.

Devisentermin- und Swapgeschäfte und andere Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten bestanden am Bilanzstichtag 16. Mai 2009 nicht.

### Gliederung von Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten

	16.05.2009 T€	16.05.2008 T€
Andere Forderungen an Kreditinstitute		
bis drei Monate	157.872	166.806
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	2	2
mehr als drei Monate bis ein Jahr	7	7
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35	35
mehr als fünf Jahre	8	18
unbestimmte Laufzeit	986	1.649
	1.038	1.711
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.346	4.346
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist		
von drei Monaten	305	315
von mehr als drei Monaten	11	9
	316	324
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		

	16.05.2009 T€	16.05.2008 T€
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	0	0
Begebene Schuldverschreibungen		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	0	0

### Weitere Angaben zu ausgewählten Bilanzposten

#### Anlagespiegel

Die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Sachanlagen, die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere des Anlagevermögens haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten in T€	Zugang in T€	Zuschreibungen in T€	Abgang in T€
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000	-	-	-
Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäftsausstattung)	279	-	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	-
			kumul. Abschreibungen in T€	Abschreibung lfd. Jahr in T€
Anteile an verbundenen Unternehmen			1.000	-
Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäftsausstattung)			272	5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			-	-
			Buchwert 16.05.2009 in T€	Buchwert 16.05.2008 in T€
Anteile an verbundenen Unternehmen			0	0
Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäftsausstattung)			2	6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			-	-

#### Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	16.05.2009 T€	16.05.2008 T€
Börsenfähig und börsennotiert	0	0
Börsenfähig und nicht börsennotiert	0	0
Nicht börsenfähig	0	0
	0	0

**Sonstige Vermögensgegenstände**

	16.05.2009 T€	16.05.2008 T€
Steuererstattungsansprüche	64	327
Auf Treuhandkonto gezahlte Abschlagszahlungen	10	10
Forderungen aus unrechtmäßiger Aufrechnung	34	84
	108	421

**Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten**

	16.05.2009 T€	16.05.2008 T€
Vor dem Bilanzstichtag gezahlte Beträge, die nach dem Bilanzstichtag zu Aufwendungen führen.	246	24

**Anteile an verbundenen Unternehmen (Angabe nach § 285 Nr. 11 HGB)**

	Gesellschaftskapital T €	anteiliges Gesellschafts- kapital	Beteiligungsquote %	Beteiligungsergebnis T €
GMB Research & Consulting GmbH i. L., Frankfurt am Main	1.000	1.000,00	100	0

Es bestehen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 1.013.

**Sonstige Verbindlichkeiten**



	16.05.2009 T€	16.05.2008 T€
Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im wesentlichen:		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Vergleichsvereinbarungen	9.077	13.796
Nachrangige Zinsen auf anerkannte Insolvenzforderungen	9.685	8.683
Verbindlichkeiten gegenüber dem Pensions-Sicherungs-Verein	6.379	6.379
Steuerverbindlichkeiten aus Betriebsprüfungen	570	570
Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	3	4
Gehälter	9	13
Noch abzuführende Zinsabschlagsteuer u. Solidaritätszuschlag	287	287
Übrige	20	24
	26.030	29.756

#### Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

	16.05.2009 T€	16.05.2008 T€
Vor dem Bilanzstichtag vereinnahmte Beträge, die nach dem Bilanzstichtag zu Erträgen führen.	3	5

#### Genußrechtskapital

Das begebene Genußrechtskapital von nominal T€ 583 dient zur Verstärkung des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 Abs. 5 KWG. Aufgrund der in vorangehenden Geschäftsjahren ausgewiesenen Bilanzverluste verminderte sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genußscheininhabers auf null. Ausschüttungen auf das Genußrechtskapital erfolgte wegen des Bilanzverlustes nicht. Sofern in künftigen Geschäftsjahren Gewinne erzielt werden, sind die Rückzahlungsansprüche bis zum (ursprünglichen) Nennbetrag aus diesen zu erhöhen und die rückständigen Ausschüttungsansprüche der Genußscheininhaber zu bedienen, bevor eine Gewinnverwendung vorgenommen wird. Die Rückzahlungsansprüche der Genußrechtsinhaber sind gegenüber Ansprüchen anderer Gläubigern nachrangig.

Das im Umlauf befindliche Genussrechtskapital hat eine Laufzeit vom 30.09.1999 bis zum 30.09.2011 und ist mit einem Zinssatz von 6 % ausgestattet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Genussschein in Höhe von nominal TDM 25.000 fällig.

Der Rückzahlungsanspruch ist aufgrund des Bilanzverlustes im Geschäftsjahr 0,00 €.

#### Aktionäre

Der Bank liegen zu den aufgeführten Stichtagen vorliegende Informationen zum Aktionärskreis vor:

	Datum	Stimmrechtsanteile nach § 21 WpHG
Gold-Zack AG i. I., Gold-Zack Str. 6, 40801 Mettmann	02.12.2002	4,8000 %
Hans H. Ruthe, Kratzkopfstr. 20, 42369 Wuppertal	17.06.2006	0,2028 %
Gerald u. Ina Burbach, Schloßstr. 87, 41363 Jüchen	17.06.2006	0,0006 %
Jürgen Piel, Gubener Str. 39 A, 40627 Düsseldorf	17.06.2006	0,0600 %
Sven Dilba, Hochdahler Weg 29, 42369 Wuppertal	17.06.2006	0,0600 %

#### Entwicklung des Eigenkapitals

	16.05.2009 T€	16.05.2008 T€
Gezeichnetes Kapital (49.299.999 Stückaktien)	49.300	49.300
Kapitalrücklage	67.457	67.457
Gewinnrücklagen		
gesetzliche Rücklage	39	39
Rücklage für eigene Anteile	0	0
andere Gewinnrücklagen	6.037	6.037
Bilanzverlust - soweit durch Eigenkapital gedeckt -	- 122.833	- 122.833
	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	414.103	377.727

Zum 16. Mai 2009 sind der Gesellschaft als Sicherheit keine Aktien der Gontard & MetallBank AG verpfändet.

#### Eventualverbindlichkeiten

	16.05.2009 T €	16.05.2008 T €
Bürgschaften	11	11

**Unwiderrufliche Kreditzusagen**

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 bestanden keine unwiderruflichen Kreditzusagen.

**Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Es bestehen zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

**Fremdwährungsaktiva- und passiva – Bruttoausweis**

Es bestehen zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 keine Fremdwährungspositionen.

**Sonstige Angaben**

**Mitarbeiter**

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	männlich	weiblich	gesamt
Angestellte	2	2	4
Auszubildende	0	0	0
	2	2	4

**Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

**Zinsüberschuss**

	17.05.2008 - 16.05.2009	17.05.2007 - 16.05.2008
	T €	T €
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren	6.407	8.888
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Beteiligungen	0	0
Anteilen von verbundenen Unternehmen	0	0
Zinserträge gesamt	6.407	8.888
Zinsaufwendungen für		

	17.05.2008 - 16.05.2009	17.05.2007 - 16.05.2008
	T €	T €
Einlagen	0	0
verbriefte Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige	0	6
Nachrangige Zinsen	27.448	30.260
Zinsaufwendungen gesamt	27.448	30.266
Zinsüberschuss	- 21.041	- 21.378

**Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft**

	17.05.2008 - 16.05.2009	17.05.2007 - 16.05.2008
	T €	T €
Zuführungen zu den Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve	1.097	10.687
Auflösungen von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	24	390
Forderungsabschreibungen	24	21
Auflösung von Rückstellungen	0	0
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	110	3
Saldo	987	10.315

**Provisionsüberschuss**

	17.05.2008 - 16.05.2009	17.05.2007 - 16.05.2008
	T €	T €
Wertpapiergeschäft	0	2
Depot- und Verwahrgeschäft	- 2	- 3
Sonstiges Provisionsgeschäft	7	3
Gesamt	5	2

**Nettoertrag aus Finanzgeschäften**

	17.05.2008 - 16.05.2009	17.05.2007 - 16.05.2008
	T €	T €
Nettoertrag aus Wertpapiergeschäften	15	0
<b>Verwaltungsaufwand</b>		
	17.05.2008 - 16.05.2009	17.05.2007 - 16.05.2008
	T €	T €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	353	360
Soziale Abgaben	40	48
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3	12
Andere Verwaltungsaufwendungen	14.023	1.378
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	5	22
Gesamt	14.424	1.820
<b>Sonstige Erträge / Sonstige Aufwendungen</b>		
	17.05.2008 - 16.05.2009	17.05.2007 - 16.05.2008
	T €	T €
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	39	2.988
Gewinne/Verluste aus Anlageverkäufen	0	1
Steuererstattungen	0	216
Erstattungen von Rechtskosten	18	989
Zuführung zur Rückstellung für Schadenersatzforderungen	1	2.617
Aufwendungen für Vergleichsvereinbarungen	0	1.352
Zuführung zur Rückstellung für die Klage beim Hessischen Finanzgericht	0	1.362
Anpassung der Verbindlichkeit gegenüber dem Pensions-Sicherungs-Verein	0	724
Sonstige Erträge	0	61
Saldo	56	- 1.799

### Entwicklung der Ertragslage

	17.05.2008 – 16.05.2009	17.05.2007 – 16.05.2008
	T €	T €
Zinserträge	6.407	8.888
Zinsaufwendungen	27.447	30.266
Zinsüberschuss	- 21.040	- 21.378
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	987	10.315
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	- 22.027	- 31.693
Provisionserträge	11	8
Provisionsaufwendungen	6	6
Provisionsüberschuss	5	2
Nettoerfolg aus Finanzgeschäften	15	0
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen	56	- 1.799
Verwaltungsaufwand	14.424	1.820
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	- 36.375	- 35.310
Übrige Posten	1	4
Ergebnis vor Steuern	- 36.376	- 35.314
Ertragsteuern	0	0
Jahresfehlbetrag	36.376	35.314

### Organe der Gesellschaft

Ein Aufsichtsrat bestand, hatte aber keine Mitglieder mehr.

Dem Vorstand gehörte bis zu seinem Ausscheiden zum 13. Januar 2008, Herr Lothar Mark an. Nach dem 13. Januar 2008 gehörten dem Vorstand keine Mitglieder mehr an. Am 23. November 2010 wurde Herr Jens Fasking (Mitarbeiter der Bank) mit Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main zum Notvorstand der Gesellschaft bestellt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden keine Aufwendungen für den Vorstand getätigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurden keine Vergütungen an den Aufsichtsrat gezahlt.

Für ehemalige Geschäftsführer und ihre Hinterbliebenen sind keine Pensionsrückstellungen gebildet worden.

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2009 bestanden keine Kreditgewährungen bzw. Bürgschaften gegenüber dem Vorstand.

#### **Termingeschäfte**

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Termingeschäfte.

#### **Gesamthonorar für den Abschlussprüfer**

Im Geschäftsjahr wurden vom Abschlussprüfer folgende Honorare berechnet:

Abschlussprüferleistungen	55.000,-- €
Steuerberatungsleistungen	65.284,84 €

#### **Verbandszugehörigkeit**

Die Bank war bis zum 16.05.2002 Mitglied des Bankenverbandes Hessen e.V. und gehörte dem Einlagensicherungsfond innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. an.

#### **Versicherung der gesetzlichen Vertreter (§ 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB, § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 6 HGB)**

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 30. März 2011

*Der Insolvenzverwalter*

*Dr. Klaus Pannen*

### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2008 bis 16. Mai 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Insolvenzverwalters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Insolvenzverwalters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir auf die Ausführungen des Insolvenzverwalters im Lagebericht und Anhang hin, dass sich die Gesellschaft mit Wirkung zum 17. Mai 2002 in Insolvenz befindet und der Jahresabschluss unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) aufgestellt wurde.

Frankfurt am Main, 31. März 2011

**PricewaterhouseCoopers**  
**Aktiengesellschaft**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

*Hans Struwe, Wirtschaftsprüfer*

*ppa. Dr. Jürgen Kuhlmann, Wirtschaftsprüfer*